

## KATINA SCHUBERT

# Kein Sozialismus ohne Feminismus

### oder: Warum der theoretische Ansatz der PDS zu dünn ist



Katina Schubert – Jg. 1962, gelernte Journalistin und Politikwissenschaftlerin, Referentin von Bundestagsvizepräsidentin Petra Bläss (PDS) und Sprecherin der BAG Antirassismus, Flüchtlinge und ImmigrantInnen der PDS

»Wir wenden uns an alle, die sich nicht damit abfinden wollen, daß die Gleichstellung der Geschlechter kaum noch politisch thematisiert wird.« So steht es im Schlußteil eines Leit Antrag-Entwurfs für den Cottbusser Parteitag der PDS am 14./15. Oktober. Autorinnen und Autoren: die neue Parteivorsitzende Gabi Zimmer, der neue Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Roland Claus und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch.

Hat die PDS-Führung damit den Beweis erbracht, daß die PDS auf dem Weg zu einer feministischen Partei ist?

Wohl kaum, denn bei näherem Hinsehen, läßt sich schnell erkennen, daß feministische Theorie und Politikentwicklung auch bei der PDS kaum mehr als eine Nebenrolle spielen.

Zwar findet sich das Bekenntnis, um die »Gleichstellung der Geschlechter« kämpfen zu wollen als Fußnote oder Randbemerkung in den meisten programmatischen Schriften der PDS. Aber dabei bleibt es in der Regel.

Denn die PDS-Programmatik verharrt überwiegend in alten theoretischen Konzeptionen zur Erklärung von Gesellschaft und gesellschaftlichen Verhältnissen. Als Grundbedingung für die gesellschaftliche Entwicklung im Kapitalismus gilt der Widerspruch von Arbeit und Kapital. Andere gesellschaftliche Widersprüche und Unterdrückungsverhältnisse wie das zwischen Männern und Frauen und zwischen »Alteingesessenen«<sup>\*</sup> und »Fremden« betrachten die ParteitheoretikerInnen dagegen lediglich als abgeleitete Widersprüche. Sie werden zu Nebenwidersprüchen, auch wenn es aus Gründen der political correctness heute kaum mehr jemand so ausdrückt.

Es steht außer Frage, daß die Art und Weise, wie sich die jeweiligen Unterdrückungsverhältnisse in der Bundesrepublik als hochindustrialisierter kapitalistischer Gesellschaft konstituieren, auch kapitalismusbedingt sind. Aber sie lassen sich nicht durch kapitalistische Unterdrückungsverhältnisse allein erklären.

Denn dreht man die Argumentationsfigur vom Haupt- und Nebenwiderspruch um, kann man nur folgendes schließen: Haben wir erst mal den Kapitalismus abgeschafft, sterben automatisch auch patriarchale Strukturen und der Rassismus ab. Daß das nicht zutrifft, haben uns die Wirklichkeit und die Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus des vergangenen Jahrhunderts anschaulich gelehrt.

In der sozialistischen DDR waren über 90 Prozent der Frauen erwerbstätig und hatten eine eigenständige soziale und ökonomische Existenzgrundlage.

\* Der Begriff »Alteingesessene« steht hier für die deutschstämmige Mehrheitsgesellschaft, die sich zumindest zum Teil scharf gegen eingewanderte Minderheiten abgrenzt unabhängig davon, ob die betroffenen Angehörigen von Minderheiten deutsche oder ausländische StaatsbürgerInnen sind. Deshalb vermeide ich an dieser Stelle den Begriff »Deutsche«.

Damit war eine der wichtigsten antipatriarchalen Forderungen erfüllt, nämlich daß Frauen unabhängig von Männern sein können. Doch wer sich anschaut, wer in der DDR die Machtpositionen besetzt hielt, in der SED, in den staatlichen Institutionen und Organen, den anderen Parteien, den Gewerkschaften, in den obersten Leitungsebenen der Kombinate, wird schnell feststellen, daß es ganz überwiegend Männer waren. Für die Kindererziehung und für den Haushalt hingegen waren auch im Realsozialismus die Frauen zuständig, zusätzlich zur Berufstätigkeit. Männer wollten Macht und Einfluß nicht teilen und auf Privilegien verzichten. In einem erklärmaßen nichtkapitalistischen System herrschten also patriarchale Strukturen. Damit war der Sozialismusversuch in der DDR und den anderen sozialistischen Staaten nicht in der Lage oder nicht willens, das Patriarchat zu überwinden.

Nach dem Zusammenbruch der Systeme explodierten Rassismus und Fremdenfeindlichkeit förmlich. Gegen die ethnisch begründeten Kriege in Ex-Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion halfen und helfen 70 beziehungsweise 45 Jahre Sozialismus nichts.

Was heißt das für die Programmatik der PDS?

Will sich die PDS als moderne demokratisch sozialistische Partei weiterentwickeln, muß sie ihren theoretischen Bezugsrahmen erweitern. Sie muß ernst nehmen, daß Patriarchat und Rassismus eigenständige gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse darstellen, die sich mit der Abschaffung oder zumindest Reform und Besänftigung des Kapitalismus nicht von selbst erledigen.

Erst dann wird die PDS in der Lage sein, Politikmodelle zu entwickeln, die darauf zielen, gesellschaftliche Unterdrückung in ihrer gesamten Komplexität tendenziell zu überwinden.

Wir müssen deshalb zu einem neuen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit kommen.

Ein feministischer und sozialistischer Begriff von sozialer Gerechtigkeit als Leitmotiv sozialistischer Politik darf sich nicht allein auf die Umverteilung materieller Ressourcen beschränken. Er muß genauso auf die Gleichstellung der Geschlechter zielen, auf einen Ausgleich zwischen den Kulturen und Völkern innerhalb der Gesellschaft wie international. Und er muß sich an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen orientieren. Außerdem brauchen wir einen neuen Begriff von Gleichheit als gesellschaftlicher Norm.

Zur Zeit finden politische und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen statt, um die sogenannte Mitte der Gesellschaft zu besetzen.

Dabei werden Begriffe und gesellschaftliche Normen, sogenannte Werte, neu definiert und bewertet.

Am Wert der Gleichheit läßt sich das ganz gut beobachten: Soziale Gleichheit gilt bei den Kämpferinnen und Kämpfern um die »Mitte« nicht mehr als gesellschaftliches Ziel. Das trifft für SPD und Grüne genauso zu wie für FDP und CDU/CSU. Statt dessen begreifen sie soziale Ungleichheit als dynamisches Element für die gesellschaftliche Entwicklung, frei nach dem Motto: Nur wer seine Unterprivilegierung hautnah spürt, bemüht sich, gesellschaftlich aufzusteigen. Der gnadenlose Konkurrenzkampf der Individuen wird dann in der Tat für gesellschaftliche Dynamik sorgen. Nur kann diese Form der

Dynamik kein erstrebenswertes Ziel von Politik sein, auch nicht von sozialdemokratischer, schon gar nicht von linker.

Dennoch braucht auch die PDS einen neuen Begriff von Gleichheit, der von der Idee Abschied nimmt, Gleichheit mit Uniformität zu beschreiben. Es gibt keine einheitlichen Lebensentwürfe mehr, der sogenannte Normalarbeitstag des männlichen, weißen Durchschnittsmenschen ist nicht mehr die allseits gültige Norm. Und das nicht nur deshalb, weil viele Menschen solche Arbeitsplätze nicht haben. Viele wollen auch eine andere Verteilung ihrer Zeit. Das hat auch mit den Umstrukturierungsprozessen in der Arbeitswelt zu tun. Die Arbeitsprozesse sowohl in der Industrie als auch im sogenannten tertiären Sektor der Dienstleistungen, der Verwaltung, der Politik haben sich so verändert, daß Arbeit immer intensiver wird. In immer kürzerer Zeit wird den Beschäftigten immer mehr abverlangt. Die Folge: Die Arbeit verläßt sie nicht mehr nach Feierabend, am Wochenende. Die Arbeit wird omnipräsent in den Köpfen und läßt wenig Raum für gesellschaftliche Aktivitäten, gleich ob in einer Familie, einer Initiative, einem Verein. Wer Zeit für ihre/seine Kinder, Freunde, Verwandte, für politische, sportliche oder karitative Aktivitäten haben will, kann sie oft nur schwer mit einem »Normal«-arbeitsverhältnis vereinbaren. Statt dessen lockt der Fernseher als Mittel zur Zerstreuung und vermeintlicher Erholung.

Zeit ist zu einem gesellschaftlichen und hoch umstrittenen Wert geworden. Das läßt sich durch die Abschaffung oder Reform des Kapitalismus nicht zurückdrehen.

Will die PDS einen zeitgemäßen Begriff von Gleichheit als gesellschaftlichen Wert besetzen, ist sie deshalb gut beraten, sich »an der feministischen Konzeption von ›Gleichheit in der Differenz‹, von Gleichheit als der Ebenbürtigkeit des Verschiedenen« zu orientieren. So formulierte es Ingrid Kurz-Scherf, Mitglied der PDS-Grundsatzkommission, auf einem Werkstattgespräch der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Gleichstellung der Geschlechter Anfang des Jahres.

Will die PDS Strahlkraft in die Gesellschaft entwickeln, die über die bereits jetzt erschlossene Wählerklientel hinaus geht, muß sie ihre Konzepte, etwa zur Arbeitszeitverkürzung, zur Grundsicherung, zur Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung, entsprechend weiterentwickeln und selbst umsetzen.

Die PDS muß einen neuen Begriff von gesellschaftlich notwendiger Arbeit entwickeln, der bezahlte und unbezahlte Arbeit erfaßt, neu bewertet und verteilt auf Männer und Frauen. Wir brauchen einen Begriff von Zeit als gesellschaftlichem Wert für Frauen und Männer. Wir benötigen ein Konzept, wie wir Arbeit und Einkommen neu verteilen können in der Gesellschaft, so daß es nicht mehr zu Diskriminierungen kommt, weder von Frauen noch von Nicht-Alteingesessenen oder Menschen mit Behinderungen.

Wenn sich die PDS entschließt, die Auseinandersetzung um die Neudefinition gesellschaftlicher Werte intensiver zu führen beziehungsweise ihr eigenes theoretisches Herangehen zu erweitern, wird sie dennoch nicht umhin kommen, weiter realpolitische, sprich alltagstaugliche Politikkonzepte zu entwickeln. Sowenig heute Arbeitslosen das Bekenntnis zu Arbeit verhilft, den Kapitalismus

Damit könnte die PDS in der eigenen Organisation anfangen. Dort wird zum Beispiel über Arbeitszeitmodelle nur rein theoretisch debattiert und nur für die offenkundig doch eher ferne Gesellschaft. Allein die Vorstellung, etwa Referentinnen und Referenten einer Fraktion könnten im Zeitalter globaler Kommunikation nur einen Teil ihrer Arbeitszeit am Büroschreibtisch erledigen und den Rest in mobilen Büros, zu Hause oder am Strand, treibt mancher Funktionärin und manchem Funktionär den Angstschweiß auf die Stirn. Wie sollen da die Beschäftigten kontrolliert werden, auch wenn sie die geforderten Arbeitsergebnisse, Ideen, Vorschläge bringen?

abschaffen zu wollen, sowenig hilft es dem von Neonazis geschundenen Flüchtling, wenn wir ihm versichern, daß wir Rassismus und Rechtsextremismus als eigenständiges gesellschaftliches Unterdrückungsverhältnis betrachten (was nichts an der Richtigkeit dieser Feststellung ändert). Und es hilft der Frau, die beim Versuch zum beruflichen Aufstieg immer wieder an die berüchtigte gläserne Decke stößt, wenig, wenn wir ihr klipp und klar versprechen, im neuen Sozialismus auch das Patriarchat mit untergehen zu lassen.

Was sie aber unterstützt, sind zum Beispiel umsetzbare Konzepte zur Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft, die verbindliche und sanktionierbare Quoten vorgeben, Frauenförderung festschreiben und die Rechte von Gleichstellungsbeauftragten erweitern.

Frauen wird es enorm helfen, wenn Gewalt gegen Frauen nicht als Privatproblem oder als Gegenstand der von den meisten »harten« Politikerinnen und Politiker ohnehin eher belächelten Frauenpolitik betrachtet wird, sondern als harter Gegenstand von Gesellschafts-, von Rechts- und Innenpolitik. Denn nirgendwo wird der patriarchale Charakter dieser Gesellschaft deutlicher, als in der immer noch viel zu hohen gesellschaftlichen Akzeptanz für Gewalt gegen Frauen.

Dem Flüchtling hilft es schon im Hier und Jetzt, wenn sie oder er nicht mehr gezwungen wird, in Sammelunterkünften zu wohnen. Denn hier sind Flüchtlinge bevorzugt Zielscheibe rassistischer und rechtsextremer Gewalt. Wir können Konzepte vorstellen, wie Flüchtlinge als Teil dieser Gesellschaft auch mitten in der Gesellschaft leben können. Dazu muß das Asylverfahrensgesetz geändert, das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft werden. Flüchtlinge dürfen nicht mehr zwangsweise auf die Gemeinden verteilt werden. Dazu wiederum müssen wir die Finanzierung des Lebensunterhalts von Flüchtlingen völlig aus der kommunalen Zuständigkeit nehmen.

Einer Migrantin und einem Migranten wäre sehr geholfen, wenn es klar definierte Ansprüche gebe, die zur Einwanderung und Niederlassung berechtigen, wenn sie nicht länger von Ermessen und Willkür der Behörden abhängig wären.

Die Liste der Vorschläge ließe sich beliebig verlängern. Und es gibt schon eine Menge realpolitischer Ansätze der PDS, die ihre potentiellen Wählerinnen und Wähler nicht auf den Sankt Nimmerleinstag vertrösten und dennoch in Opposition zum dominierenden neoliberalen Diskurs der Regierenden stehen. Diese dann noch in Einklang zu bringen mit der PDS-Politik zum Beispiel in den Ländern, in denen die Partei Regierungs- oder zumindest Tolerierungsverantwortung trägt, ist kompliziert und nicht immer zu erreichen.

Das aber darf die Partei nicht daran hindern, weiter radikale Konzepte zu entwickeln und darauf zu drängen, sie umzusetzen. Ein Beispiel: Wir müssen daran festhalten, den Paragraphen 218, der Abtreibungen unter Strafe stellt, endlich aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen, und die rot-grüne Bundesregierung entsprechend unter Druck setzen.

Feministische sozialistische Realpolitik ist immer radikal, sie ergreift Partei zugunsten der Diskriminierten in der Gesellschaft. Sie greift nach den Sternen, aber sie verspricht nicht die Wolkenkuckucksheime.

So kann die PDS auch die eigenen Ministerinnen und Minister zum Beispiel in der Landesregierung unterstützen, die nach der gegenwärtigen Rechtslage gezwungen sind, Maßnahmen zu ergreifen, die sie politisch ablehnen.